

Führen alle Seidenstraßen nach Peking?

China in der Arktis

Andreas Knudsen



Grafik: Shutterstock

Die Geografie sollte selbsterklärend sein, wer das Sagen hat in der Arktis. Mit der Ilulissat-Erklärung von 2008 unterstrichen die „Arctic 5“, die Anrainer Norwegen, Russland, USA, Kanada und Dänemark (Grönland), dass sie es sind, die die Regeln aufstellen, wo internationales Recht nicht greift und wo, auch buchstäblich zu verstehen, die Grenzen liegen. Und doch ist seit etwa 2010 mit China ein neuer Spieler aktiv geworden, der mit seinem umfassenden wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Engagement die arktischen Karten neu gemischt hat. Was aber hat Peking bewogen, den Begriff „arktischer Staat“ zu erfinden und sich in das Territorium der traditionellen Rivalen USA und Russland fernab der eigenen Küste zu bewegen mit allen Risiken, die das in sich bergen kann?

Wenn ein so potenter und ambitionierter Akteur wie China die Szene betritt, ruft das Besorgnis hervor. Um dem entgegenzutreten, veröffentlichte China im Januar seine arktische Strategie. Beim Lesen muss man sich aber immer vor Augen halten, dass dies ein Politikpapier ist, das die Partei- und Staatsführung nicht bindend verpflichtet. Hauptpunkte der arktischen Strategie sind demnach:

- ▶ Wissenschaftliche Erforschung mit Schwerpunkt Klima
- ▶ Erforschung und Ausbeutung der biologischen und mineralischen Ressourcen
- ▶ Seewege und Häfen
- ▶ Institutionalisierung der Arktis entsprechend bestehender internationaler Konventionen

Ausführlich wird in der Einführung begründet, dass die Arktis gemeinsames Erbe der Menschheit ist und ihre Ressourcen deshalb

global genutzt werden müssen. Gewisse Vorzugsrechte der Küstenstaaten in deren Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) werden hingegen anerkannt, aber auch die Legitimität eigener Interessen unterstrichen. Zusammenarbeit und gegenseitiger Vorteil sind andere Stichworte, die immer wieder auftauchen, während „Militär“ auch im weitesten Sinne nicht erwähnt wird.

Das Strategiepapier hat weltweit in den Medien ein breites Echo ausgelöst. Die Einschätzungen reichen von der Anerkennung der legitimen Interessen einer Handelsnation bis hin zur Furcht vor künftiger chinesischer Dominanz in der Arktis. Die Spann-

weite dieser unterschiedlichen Reaktionen soll im Folgenden skizziert und an Beispielen beleuchtet werden.

Klima- und andere Forschung

Die ersten beiden Abschnitte dieses Unterpunktes beschäftigen sich mit dem Schutz und der Bewahrung der Umwelt allgemein, der Bekämpfung von Umweltverschmutzung u.Ä. Erst der dritte Abschnitt, der im Allgemeinen von Beobachtern hervorgehoben wird, widmet sich den Klimaveränderungen in der Arktis. Diese haben natürlich Auswirkungen auf China, insbesondere

Foto: Shutterstock



auf die dortige Landwirtschaft, durch sich ändernde Niederschläge, Dürren und abschmelzende Gletscher in Tibet. Ein Forschungseinsatz, wie er seit 2004 auf Svalbard gemacht und möglicherweise ab 2019 in Grönland ergänzt wird, lässt sich daraus rechtfertigen. Auch die Erforschung der biologischen Ressourcen, sprich Fisch, ist ein weiteres Anliegen, weshalb die Vermeidung von Überfischung betont wird. Stolz weist die Strategie auf den Beitrag Chinas zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens hin, ohne dabei den Status des Landes als global größter CO₂-Emissionär zu erwähnen. Nach eigenen Angaben investiert China jährlich etwa 60 Mio. Dollar in arktische Forschungsprojekte.

Rohstoff- und Ressourcen- ausbeutung

Im einleitenden Abschnitt erkennt das Strategiepapier die Hoheitsrechte bzw. maritimen Rechte und Interessen der Anrainer in ihren AWZ an. Als Nicht-Anrainer kann China keine ausschließlichen Rechte bei der Seerechtskommission anmelden und muss daher einvernehmliche Vereinbarungen mit den Küstenstaaten eingehen. Hier kollidieren die Interessen der Anrainer, die über reichliche Ressourcen verfügen und diese gern ausbeuten und vor allem exportieren möchten, es ihnen aber gleichzeitig an finanziellen Ressourcen und/oder Risikobereitschaft mangelt. Allen voran natürlich Russland, aber die Interessen Norwegens, Dänemarks/Grönlands, Islands, Kanadas und der USA sollten nicht unterschätzt werden. Die prinzipielle Bereitschaft aller Länder, chinesische Investitionen willkommen zu heißen, erklärt sich aus den hohen Kosten, der Langfristigkeit



Der Zugriff auf wichtige Rohstoffe und Seltene Erden spielt für China eine bedeutende Rolle

Beispiele des chinesischen Engagements in der Arktis

Alaska

- ▶ Bedeutendster Exportpartner mit jährlich etwa 1,2 Mrd. Dollar
- ▶ Vorläufiges, unverbindliches Abkommen am 07.11.2017 zum LNG-Export (Liquefied Natural Gas) aus Alaska für 10 Mrd. Dollar jährlich und Pipelinebau

Finnland/Norwegen

- ▶ Chinesisches Interesse an einer Mitfinanzierung der Bahnstrecke zwischen Rovaniemi und Kirkenes, einer Investition in den Hafen von Kirkenes und den Tunnel von Helsinki nach Tallinn als europäische Weiterführung der Polar Silk Road
- ▶ Investitionen in der Papierindustrie

Grönland

- ▶ Massives Interesse an Rohstoffen wie Eisenerz und Seltene Erden, aber noch keine Investitionen

Island

- ▶ Freihandelsabkommen seit 2013
- ▶ Investitionen in Fischerei und eine Aluminiumschmelze, Lizenzen erteilt für Offshore-Ölsuche

Kanada

- ▶ Nunavik Nickel Mine nahe Deception Bay, Quebec, befindet sich in chinesischem Besitz. Interesse an anderen Vorkommen. Mögliche Investition in den Hafen von Churchill und die Hudson Bay Railway

Norwegen

- ▶ Diskussion eines Freihandelsabkommens, Technologiekoooperation im Offshore-Bereich

Russland

- ▶ Größtes Investitionsland für Rohstoffgewinnung. Offshore-Gewinnung von Erdgas und Umwandlung in LNG auf der Yamal-Halbinsel, Pipelinebau, Kredit von 12 Mrd. Dollar gewährt.
- ▶ Interesse an Investitionen in Häfen (u.a. Archangelsk) und anderen Infrastrukturanlagen

Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden sind Gründungsmitglieder der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB).

Dänemark schloss 2008 ein Abkommen über eine strategische Zusammenarbeit (Comprehensive Strategic Partnership) ab.

Präsident Xi Jinping besuchte Finnland und Alaska 2017, Ex-Präsident Hu Jintao Dänemark 2012

der Projekte und dem Wunsch nach gesichertem Absatz. Die chinesischerseits gehegte Befürchtung, die Anrainerländer könnten die arktische Melone unter sich aufteilen und China leer ausgehen lassen, dürfte ad acta gelegt worden sein.

Als führende Industrie- und Exportnation hat China ein legitimes Interesse daran, weltweit nach ausbeutungswürdigen Rohstoffquellen Ausschau zu halten und in ihre Erschließung zu investieren. Berücksichtigt man weiterhin den Energiemangel des Landes, sind die Aktivitäten in Afrika, Asien, Australien und der Arktis erklärbar und verständlich. Grönlands Rohstoffreichtum war 2013 Anlass für eine Reihe Artikel in der „Geological Science and Technology Information“, die in chinesischer Sprache erscheint. Chinesische Hilfe bei der Erschlie-

ßung wurde im Licht notwendiger Hilfe für eine junge Nation dargestellt.

Drei Projekte sind relevant:

- ▶ Erschließung der Isua-Eisenerzgrube durch die General Nice Group (GNC) mit etwa 3.000 chinesischen Arbeitskräften. Dieses Projekt ruht aufgrund finanzieller und juristischer Probleme von GNC sowie ungewisser Zukunftsaussichten für Eisenerzbedarf;
- ▶ Kvanefjeld-Projekt zur Ausbeutung Seltener Erden, Uran und Zink durch das australische Unternehmen Greenland Minerals and Energy (Prospektor) und die chinesische Shenghe Resources als Betreiber. Beginn der Erschließung möglicherweise 2018, sonst hat das Projekt eine ungewisse Zukunft aufgrund ökonomischer Realitäten und der technologischen Bestrebungen,



Chinesische Schiffe bildeten 2017 den bedeutendsten Teil der nicht-russischen Fahrzeuge auf der Nordostpassage



Fotos: Shutterstock

In Nuuk auf Grönland konnte China eine Satellitenstation errichten

Seltene Erden durch andere, weniger kritische Rohstoffe zu ersetzen. Ausbeutungspotential wenigstens 50 Jahre;

► Zitronenfjord-Projekt im äußersten Nordosten zur Ausbeutung von Zink und Blei. Die Rentabilität ist ungewiss aufgrund hoher Kosten und vermutlich erst relevant, wenn die globale Erwärmung bessere Erschließungs- und Transportmöglichkeiten ermöglicht.

Seit der globalen Finanzkrise 2009–2013 haben westliche Rohstoffunternehmen ihre Aktivitäten stark eingeschränkt. Dies gab Raum für chinesische Expansion, die zugleich dem globalen Industrietrend zu vertikaler Integration bei der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung folgt. Durch den westlichen Rückzug wurde China zum natürlichen Anlaufpunkt für Länder, die ihre Rohstoffe zur Ausbeutung anbieten. Für Grönland gilt, dass die Autonomieregierung den Bergbausektor als entscheidende Voraussetzung für die Unabhängigkeit von Dänemark sieht. Aus ihm sollen die Einnahmen sprudeln, die Fischerei und Tourismus, die anderen bedeutenden Zweige, nicht erbringen können. Falls Bergbauprojekte in Gang gesetzt werden, ist der massive Einsatz chinesischer oder anderer ausländischer Arbeitskräfte unvermeidlich, da das grönländische Arbeitnehmerpo-

tenzial von der Facharbeiterstufe aufwärts begrenzt ist und der Ausbildungsgrad, verglichen mit Europa, insgesamt unterdurchschnittlich ist.

Mit der Autonomie wurde das Eigentumsrecht an allen mineralischen Vorkommen allein Grönland zugesprochen. 2007 hatte aber niemand erwartet, dass die mögliche Ausbeutung von Seltenen Erden und Uran schon wenige Jahre später eine tiefe Krise im Verhältnis zwischen den beiden Reichsteilen auslösen würde. Während die Autonomieregierung zu großem Entgegenkommen bereit ist, um die Erschließung mit Hilfe Tausender chinesischer Arbeitskräfte anzukurbeln, definierte Dänemark diese Erze plötzlich und mit einem gewissen Recht als unter die Außen-, Sicherheits- und, mit Sicht auf die Erschließung, auch unter die Einwanderungspolitik fallend. Diese Politikfelder werden weiterhin von Kopenhagen wahrgenommen, Grönland besitzt allerdings ein Konsultationsrecht. In Nuuk wurde der Einspruch als Versuch wahrgenommen, die Unabhängigkeitsbestrebungen zu sabotieren. Erst nach langen Verhandlungen konnte ein Kompromiss gefunden werden, bei dem Grönland Zugeständnisse und Dänemark das entscheidende Wort (und die potentiellen

Kosten) bei der globalen Überwachung des atomwaffenfähigen Rohstoffexports zugesprochen bekam. Solche Unklarheiten in der Kompetenzverteilung und Grönlands rechtlicher Stellung machen es schwierig für chinesische Geschäftsleute und Diplomaten herauszufinden, mit wem und wo sie verhandeln müssen.

Die Meinungsverschiedenheiten sind begründet in unterschiedlichen Beurteilungen, wie ein chinesisches Engagement in Grönland zu bewerten wäre. Während die Autonomieregierung die perspektivische Unabhängigkeit vor Augen hat, will und muss die dänische Regierung die Sicherheitsinteressen der Schutzmacht USA und die NATO-Verpflichtungen beachten. Da Grönland im unmittelbaren Vorfeld der USA liegt, kann Washington nicht zulassen, dass eine fremde Macht eine zu bedeutende personelle und institutionelle Präsenz dort aufbaut. Nicht von ungefähr haben die USA zweimal, 1916 als Teil der Kaufverhandlungen der dänischen westindischen Inseln von Dänemark und 1946 im Vorfeld der Unterzeichnung des Verteidigungsabkommens mit Dänemark, den Kauf Grönlands angeboten. Die dänischen Politiker und Arktis-Analysiker gehen im Allgemeinen davon aus, dass Peking seine Interessen in Grönland und dem Südchinesischen Meer sorgfältig gegeneinander abwägen wird und erwarten deshalb Zurückhaltung im verhältnismäßig weit entfernten Grönland. Das kann sich aber ändern, falls Peking die USA als Großmacht auf dem absteigenden Ast betrachtet, die nicht länger willens oder in der Lage ist, ihre Interessen durchzusetzen.

Für China ist das Engagement in Grönland ein Balanceakt. Einerseits notwendige Zurückhaltung, andererseits möchte man gern bester Freund einer möglichen neuen Nation sein. Der Export von Fisch und Garnelen nach China ist eine Erfolgsgeschichte, chinesische Touristen reisen nach Grönland und im Süden der Insel, wo auch die potentielle Kvanefjeld-Grube liegt, unterrichten zwei chinesische Sprachlehrer. Die Eröffnung einer grönländischen Repräsentation in Peking ist angedacht und der Vorsitzende der Autonomieregierung, Kim Kielsen, wurde von der chinesischen Botschaft in Dänemark 2017 zu einer Reise nach China eingeladen. Obwohl offiziell ein Besuch zur Förderung des Handels, hat eine solche Geste gegenüber Politikern, die die Unabhängigkeit anstreben, politische Signalfunktion. Nach innen muss diese Rolle aber heruntergespielt werden, denn Dänemark hat Grönland ausdrücklich als Nation anerkannt. Dieses Signal soll aber auf keinen Fall Wünsche in Tibet auslösen. Die grönländischen Politiker, die noch 2003 für ein Länderspiel gegen Tibet sorgten, haben die-

se Solidarität längst gegen chinesische Investitionen eingetauscht. Chinesische Dominanz in der Wirtschaft würde Grönland aber auch anfällig machen für politische Einflussnahme oder Korruption. Selbst bei einer breit gefassten Definition der Personen mit politischem Einfluss in Grönland ist der Kreis auf einige Dutzend beschränkt.

Seewege und Häfen

Als vom Ex- und Import abhängiges Industrieland mit bedeutenden Werftkapazitäten und großen Reedereien ist China abhängig von und interessiert an offenen Seeverbindungen. Das Interesse an der Nordost- und Nordwestpassage, an Hafkapazitäten und der Einhaltung des Seerechtsübereinkommens (SRÜ) ist daher mehr als verständlich und nimmt einen breiten Raum in der arktischen Strategie ein.

Aufgrund der sibirischen LNG-Projekte, der Eisausbreitung und der Erreichbarkeit der Nordseehäfen ist die Nordostpassage der vorläufig wichtigste arktische Seeweg. Dass die traditionelle russische Bezeichnung „Nördlicher Seeweg“ (NSW) kurzerhand in die „Polar Silk Road“ umbenannt wird, dürfte in Russland Stirnrünzeln ausgelöst haben, aber einen strategischen Partner, dessen Geld und Technologie erst die umfassende Erschließung der Gasvorkommen ermöglicht, verärgert man deswegen nicht mit offiziellen Protesten. Wenn Präsident Putin die Vervielfachung des Verkehrs auf dem NSW in Aussicht stellt, denkt er hauptsächlich an China. Bereits 2017 stellte das Dutzend chinesischer Schiffe, das die Nordostpassage befahren hat, den größten Teil der nicht-russischen Fahrzeuge dar. Als Vorarbeit hatte das chinesische Seefahrtsamt bereits 2014 Richtlinien für die Passage der Nordost- und 2016 für die der Nordwestpassage publiziert, die alle relevanten navigatorischen, hydrographischen, meteorologischen und juristischen Informationen enthalten. Als praktische Vorbereitung hat der Eisbrecher „Xue Long“ über die Jahre hinweg eine Reihe mehrwöchiger Forschungsfahrten in die Arktis unternommen.

Für den erwarteten arktischen Warenstrom will China auch landseitig vorbereitet sein und bekundet deshalb Interesse an Hafeninvestitionen in Kirkenes, Archangelsk, Island und Grönland. Wenn immer möglich, sollen solche Häfen zu Hubs mit Eisenbahnverbindung ausgebaut werden. Bei den bekannten navigatorischen Einschränkungen der Nordost- und Nordwestpassage scheint es das Kalkül zu sein, für den Tag X, an dem das Arktische Meer zumindest im Sommer eisfrei ist, mit eigenen Kapazitäten bereit zu sein für die Transpolarrouten. Diese könnten dann die wahren



Grafik: Shutterstock

Durch die Erderwärmung könnten die Nordost- und Nordwestpassage zum wichtigen Handelsweg nach China werden

Polaren Seidenstraßen werden, während das heutige Engagement eher eine Vorbereitung darauf ist bzw. der Rohstofferschließung gewidmet ist.

Strategisch bietet die Polare Seidenstraße zwei Vorteile. Sie vermeidet einerseits das Malakka-Dilemma und sichert die Energieversorgung aus einer anderen als der instabilen Region des Nahen Ostens. Andererseits vermeidet sie den Landweg durch eine Reihe zentralasiatischer Länder, deren Bevölkerungen nicht unbedingt freundlich gegenüber China eingestellt sind. Abhängig von ihren Kapazitäten nach Fertigstellung werden das Belt-and-Road-Projekt sowie die arktischen Seewege Peking Alternativen lassen für den Warenverkehr zwischen Europa und Asien, falls regionale Krisen andere Wege zeitweise schließen sollten.

Zur Absicherung der Seewege müssen auch die Satellitenstationen in Kiruna und Nuuk gerechnet werden. Sie sollen das chinesische Beidou-Navigationssystem im arktischen Raum unterstützen. In Analysen der chinesischen Betätigungen in der Arktis taucht aber immer wieder die Frage auf, ob diese Stationen wie auch die Forschungsstationen Yellow River auf Svalbard und Kárhól auf Island sowie die angedachte Mitnutzung der kanadischen Cambridge-Bay-Station nicht auch andere Funktionen haben können. Die (künftige)

navigatorische Unterstützung chinesischer nukleargetriebener U-Boote, das Verfolgen von Raketenflugbahnen und die Überwachung des NATO-Flugverkehrs werden hier genannt. Die Selbstisolierung der chinesischen Forscher auf Svalbard trägt nicht unbedingt zur Vertrauensbildung bei.

Die offizielle Eröffnung der Station in Nuuk im Vorjahr war im Übrigen von dubiosen Umständen begleitet. Erst im Nachgang wurde dem grönländischen Parlament und den dänischen Behörden das Projekt zur Bestätigung vorgelegt. Zur Vorbereitung schenkte die Universität Peking (BNU) dem Grönländischen Naturinstitut eine hochaufgelöste Satellitenkarte von Grönland, die offiziell von chinesischen Satelliten stammte, aber in Wirklichkeit aus Bildern amerikanischer Open-Source-Satelliten zusammengesetzt wurde. Bei der offiziellen Eröffnungszeremonie waren auch ein chinesischer Admiral und sowie ein Beidou-Vertreter mit früherer militärischer Karriere, beide mit Touristen-Status, zugegen.

Institutionalisierung der Arktis

Als Nicht-Anrainer ist China lediglich Beobachter im Arktischen Rat (AR) und hat keinen Einfluss auf die Formulierung der Regeln für die Region. Daher muss es Einfluss gewinnen über die Institutionalisierung

(Governance) der Arktis. Nicht umsonst wird in der Einleitung des Strategiepapiers beschrieben, welche Regelwerke bereits gelten und von China anerkannt bzw. unterschrieben worden sind:

- ▶ Charta der Vereinten Nationen (VN)
- ▶ Seerechtsübereinkommen der VN
- ▶ Spitzbergen-Vertrag
- ▶ usw.

Der letzte Punkt wird nicht weiter ausgeführt, dürfte aber auf Grenzziehungsabkommen, das Verbot von Raubfischerei, IMO- und S&R-Abkommen und die Illusat-Erklärung gemünzt sein. Gleichzeitig wird unterstrichen, dass es kein einzelnes Dokument gibt, das alle Aspekte der Arktis regelt. Auf der anderen Seite ist es wichtig für die Anrainerstaaten, dass ein so potenter Mitspieler wie China ihre Interessen, insbesondere die AWZ, anerkennt. Aus diesem Grunde, und vermutlich angespornt durch die strategische Zusammenarbeit mit China, war Dänemark als kleinster arktischer Staat der eifrigste Fürsprecher, China als Beobachter in den AR aufzunehmen.

Als Mitglied des Sicherheitsrates der VN sieht sich China in der ungewohnten Position, im AR nur Beobachter zu sein und einen Status unter dem der ursprünglichen Völker, die ständiger Beobachter sind, einzunehmen. Durch die überproportionale Teilnahme an Konferenzen, wie dem jährlichen isländischen „Arctic Frontier“ oder den Treffen des AR, will Peking dies kompensieren und gleichzeitig darauf aufmerksam machen, dass keine Entscheidung in der Arktis gefällt wird, ohne dass seine Interessen berücksichtigt wurden. Die Betonung der Charta der VN ist eine chinesische Besonderheit und weist darauf hin, dass ein Sicherheitsratsmitglied überall in der Welt etwas zu sagen hat. Das SRÜ regelt die Freiheit der Schifffahrt und steht damit nach chinesischer Sicht über allen nationalen Sonderregelungen oder Vereinbarungen der Arctic 5.

Umsicht statt Panik

Bei allem geäußerten Respekt vor geschlossenen Abkommen trägt Chinas Verhalten immer wieder zum Vorwurf bei, verschleierte Absichten zu haben und internationales Recht wie das SRÜ selektiv zu benutzen. Abhängig von seinen Interessen beurteilt China die Freiheit der Meere unterschiedlich, wenn es um die friedliche Durchfahrt eigener Schiffe durch die kanadisch beanspruchte Nordwestpassage geht oder die Passage von Marinefahrzeugen anderer Länder im Südchinesischen Meer. Selbst tastet die chinesische Marine stetig und buchstäblich andere Grenzen ab. So tauchte ein Spionageschiff im Juli 2017 in der US-amerikanischen AWZ, aber außerhalb

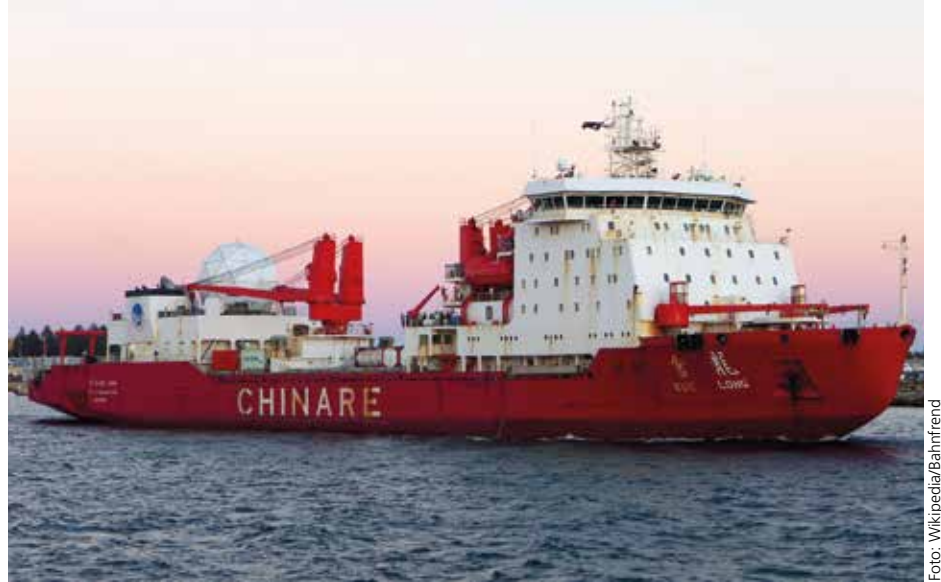


Foto: Wikipedia/Bahntrend

Der chinesische Eisbrecher „Xue Long“ hat bereits mehrfach Forschungsfahrten in die Arktis durchgeführt

der Territorialgewässer, vor Alaska auf, um einen Test des THADD-Systems zu beobachten. Die Marinen Japans und Australiens haben ähnliches beobachtet, wenn es um ihre Manöver geht. Nach Einschätzung von Dean Cheng, China-Experte der Heritage Foundation in Washington, sollen solche Aktivitäten oder auch die Teilnahme an russischen Flottenübungen in der Ostsee zeigen, dass die chinesische Flotte eine wirkliche „Blue Water Navy“ mit globaler Reichweite geworden ist, die willens und in der Lage ist, die heimische Schifffahrt auf allen Weltmeeren zu beschützen.

Chinesische Auslandsinvestitionen werden vom Profitmotiv gespeist, aber die in der Regel sorgfältig verschleierte Staatsnähe vieler chinesischer Unternehmen ist immer wieder Anlass zur Besorgnis. So sollte der Stadtrat von Lysekil an der schwedischen Westküste im November 2017 innerhalb von zehn Tagen seine Zustimmung zur Anlegung eines Großhafens durch das chinesische Konsortium Sunbase International geben. Erst in letzter Minute fanden Journalisten heraus, dass der Besitzer eng mit dem chinesischen Militär liiert ist. Auch die Shenghe-Firmengruppe, die die Kvanefjeld-Grube betreiben will, hat Verbindungen zum chinesischen Staat. Wie das Beispiel der großflächigen chinesischen Hackerangriffe auf die Afrikanische Union und afrikanische Regierungen 2017 zeigt, sollten Staaten Vorsicht walten lassen bei der Zulassung chinesischer Investitionen im elektronischen Kommunikationsbereich. Zur Vertrauensbildung trägt auch nicht bei, dass offizielle Mitteilungen unterschiedliche Informationen geben, abhängig davon, ob das Publikum chinesisch- oder englischsprachig ist.

Die Frage, ob die massiven chinesischen Investitionen in Rohstoffe und Seewege zum Fluch oder Segen der Anrainer werden, wird massiv in den verschiedenen Analysen diskutiert. Es schält sich die dominierende Meinung heraus, dass dies gegenseitige

Abhängigkeiten schafft und China potentiell mehr zu verlieren hat, falls seine Auslandsinvestitionen verloren gehen sollten. Die Gefahr liegt aber darin, dass China bei einer dominierenden Weltmarktposition bestimmen könnte, wo konkret gefördert, gekauft und produziert wird. Das schafft lokale und regionale Abhängigkeiten, die Raum geben für politische Erpressbarkeit. Andreas Fuchs und Nils-Hendrik Klann von der Universität Göttingen untersuchten in einer Studie den Zusammenhang zwischen Besuchen des Dalai-Lama und Exportrückgängen in 159 Ländern und fanden einen deutlichen Zusammenhang. Es wird auch gelegentlich argumentiert, dass chinesisches Geld russischen Expansionismus antreibt. Dem dürfte aber widersprechen, dass Russland, bedingt durch seine Exportinteressen in den Westen, von militärischen Abenteuern Abstand nimmt. Bisher hat Russland keinen Anlass gegeben, an seinem Willen zu zweifeln, dass die Abgrenzung der AWZ entsprechend den SRÜ-Regeln durchgeführt wird.

Zusammenfassung

China wird aufgrund seines ökonomischen Gewichts eine wichtige Rolle in der Arktis spielen. Russland ist der entscheidende strategische Partner, ohne den China keine Möglichkeit hat, seine arktischen Ambitionen umzusetzen. Für die arktischen Staaten wird es darauf ankommen, China auf bestehende und kommende internationale Rechtsnormen festzulegen und auf ihre Einhaltung zu pochen. Im nationalen Rahmen wird es entscheidend sein, keine Abstriche bei der Durchsetzung von Sicherheit und staatlicher Souveränität und bei den Arbeits-, Sozial- und Umweltschutzregelungen zu machen sowie jegliche Form von Korruption zu unterbinden. Unter dieser Voraussetzung wird China ein wichtiger und willkommener Partner bei der Erschließung der Arktis zum gegenseitigen Vorteil sein. ■